

# Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

1919.

Nr. 412.

Halle, Mittwoch, den 3. September.

## Eine Drohnote der Entente.

### Die Ententemächte verlangen Abänderung der deutschen Reichsverfassung und drohen mit Besetzung weiterer deutscher Gebiete für den Fall der Weigerung. — Die Lage in Oberschlesien.

#### Clemenceau gegen die Verfassung Deutschlands.

Berlin, 3. September. (Eigene Drahtnachricht.) Clemenceau nachmittag um 4 Uhr 25 Min. ist die folgende Note des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, die von Versailles gestern Morgen abgesandt wurde, in Berlin eingetroffen:

Die alliierten und assoziierten Mächte haben von deutscher Verfassung vom 11. August 1919 Kenntnis genommen. Sie stellen fest, daß die Bestimmungen des Artikels 61, Abs. 2, eine förmliche Besetzung des Reiches 80 des in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages enthalten. Diese Besetzung ist doppelter Art:

In dem Artikel 61, die Zulassung Österreichs zum Reichsrat auspricht, stellt er diese Republik mit den das Reich bildenden deutschen Mächten in eine Gleichstellung, die mit der Achtung der österreichischen Unabhängigkeit nicht vereinbar ist; 2. indem er die Teilnahme Österreichs am Reichsrat zuläßt und regelt, schafft der Artikel 61 ein politisches Band zwischen Deutschland und Österreich für eine gemeinsame politische Betätigung in vollkommenem Widerspruch mit der Unabhängigkeit Österreichs. Die alliierten und assoziierten Mächte erinnern daher die deutsche Regierung an den Artikel 178 der deutschen Verfassung, wonach die Bestimmungen des Vertrages von Versailles durch die Verfassung nicht berührt werden können und fordern die deutsche Regierung auf, die gehörigen Maßnahmen zu treffen, um diese Verletzung unserer vertraglich durch Ratifizierung des Artikels 61, Abs. 2, zu beseitigen.

Unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen für den Fall der Weigerung und auf Grund des Artikels 420 erklären die alliierten und assoziierten Mächte der deutschen Regierung, daß diese Verletzung ihrer Verpflichtung in wesentlichen Punkten die Mächte zwingen wird, unmittelbar die Ausdehnung ihrer Besetzungen auf dem rechten Rheingebirge zu beschleunigen, falls ihre gerechte Forderung nicht innerhalb 14 Tagen vom Datum der vorliegenden Note gerechnet nicht erfüllt ist.

Die deutsche Regierung wird, wie wir dazu erfahren, die Note der Entente in kürzester Frist beantworten.

#### Der Regierungsbefuch in Leipzig.

##### Beschimpfungen Moskwa.

Leipzig, 3. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Der geistliche Besuch des Reichspräsidenten Ober und der Reichsminister Moskwa und Schmidt, der fast ausschließlich der Leipziger Messe galt, ist programmäßig verlaufen. Es wird vermehrt bekannt, daß Moskwa bei seinem Aufenthalt in Leipzig, selbst mit allen möglichen Schimpfwörtern bedacht wurde. Er wehrte sich aber sehr energisch und drückte den Schimpfern mit Verachtung, wenn sie sich nicht sofort ruhig verhielten.

#### Heimkehr aus englischer Gefangenschaft.

Berlin, 3. September. (Eigene Drahtnachricht.) Wie erfahren von ausländischer Stelle: Nach der Rückkehr der 3000 Mann aus englischer Gefangenschaft haben die Engländer angeordnet, daß weitere 3000 Mann pro Tag entlassen werden. Die ersten Transporte kommen aus dem Lager Staples bei Düren. Man ist der Ansicht, daß es sich vorläufig nur um die Klärung dieser Lager handeln wird. Neuere Mitteilungen haben aber ergeben, daß die Hoffnung begründet ist, daß die Transporte fortgesetzt und auch die übrigen Lager in Frankreich, welche den Engländern gehören, geräumt werden, also diesen Kriegsgefangenen endlich die Freiheit winkt. Die Engländer haben zur Überzeugung der deutschen Behörden sich um die genaue Abmahnungen und bürokratischen Vereinbarungen gar nicht gekümmert, sondern haben die Gefangenen einfach abtransportiert.

tiert, jedoch die Kommission zur Annahme der Kriegsgefangenen einer Probe unterworfen wurde, die sie sehr gut bestanden hat. Das ganze Verhalten der Engländer läßt darauf schließen, daß es sich um eine militärische und politische Auffassung handelt, denn durch die Heimkehr der Gefangenen ist das Prinzip, gemeinsam mit sämtlichen anderen Regierungen vorzugehen, durchbrochen. Die Engländer sind sonst soweit gegangen, bei der Reichswehrkommission die neue Besetzung für das Kriegswirtschaftsamt am 1. August eines englischen Delegierten zu bitten, der mit den deutschen Bevollmächtigten zusammen die weiteren Schritte vereinbaren soll.

#### Weitere Beunruhigung deutscher Grenzwehnen.

WTB. Breslau, 3. Sept. Amlich wird mitgeteilt: Bei der Niederwerfung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien findet dauernd eine Beunruhigung unserer Grenzwehnen statt. Infanterie, Maschinengewehr- und Minenwerferfeuer schlägt uns täglich von jenseits der Grenze entgegen. Heimtückliche Ueberfälle der bewaffneten Banden, die aus polnischem Gebiet vorstoßen und sich beim Grenzschutz unserer Truppen ebenfalls dorthin in Sicherheit bringen, sind an der Tagesordnung. Der polnische Grenzschutz ist nicht, um diese Uebergriffe, die sich vor seinen Augen abspielen, zu wehren. Im Gegenteil, die Banden werden von der polnischen Armee organisiert, mit Waffen und Munition versehen und von polnischen Offizieren für ihre Aufgabe geübt. Da Generalcommando des 6. Armeekorps hat die in Oberschlesien wohnende Ententekommission auf dieses Verhalten der Polen aufmerksam gemacht und gebeten, an Ort und Stelle die polnischen Uebergriffe festzustellen, um Mithilfe herbeizuführen. Die Grenzsicherung unserer Grenzwehnen über die heimtücklichen Ueberfälle ist im Wachen. Er hat sich bisher damit begnügt, die einbrechenden Banden nur auf eigenem Gebiet zu bekämpfen. Auf die Dauer kann aber eine solche Zurückhaltung von unseren Truppen nicht verlangt werden.

#### Der Kampf der Südtiroler.

WTB. Innsbruck, 2. Sept. Der Kampf der Südtiroler hat an den Grenzschutz für auswärtige Angelegenheiten in Washington folgendes Telegramm gerichtet: Einigen Punkt 8 der am 8. Januar 1918 veränderten Grundzüge des Präsidenten Wilson, daß Italien die Grenze in Triest bei Salorno gegen werden müßte, unterwirft der Friedensvertrag für Südtiroler die deutschen und italienischen Südtiroler der italienischen Fremdenrecht. 178 deutsch- und italienische Gemeinden Südtirols, darunter die alten deutschen Städte Bozen, Meran und Triest, haben in jüngster Zeit zweimal heftig gegen die gewaltsame Unterwerfung protestiert und ihr Selbstbestimmungsrecht verlangt. Trotzdem ist Triest durch die Grenzverträge zerfallen und dadurch ein Opfer des imperialistischen Londoner Vertrages worden. Von der Pariser Konferenz nicht beachtet, appellieren deutsche und italienische Südtiroler an den Gerechtigkeits Sinn und die Freisinnlichkeit des amerikanischen Senats.

#### Deutschösterreichische neue Wehrmacht.

WTB. Wien, 2. Sept. Einer Deputation von Volkswirtschaftlern, die Wünsche bezüglich der neuen Wehrmacht bezogen, erklärte Staatsminister Deutsch, bei der Wacnast der neuen Offiziere würden lautierte Ordnungen voranzustellen sein. Der Offiziersstand würde dadurch gestärkt werden, daß von der alten Offiziersliste nur ein Drittel, von der neuen Liste ein Drittel entnommen würde, was der demokratischen Idee entspricht, von der die Wehrmacht erfüllt sein müßte, sollte sie nicht vorübergehend sein. In einer demokratischen Armee müßten alle Glieder durch das Band der Kameradschaft verbunden sein. Es dürfen keine Klassenunterschiede bestehen. Gerade der Kampfsinn in der alten Armee habe zum Zusammenbruch geführt.

#### Kaiser Wilhelm an den Verein katholischer Collegen.

Münster, 3. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Auf dem von der Presse vielfach erwähnte Halbjahresprogramm des Vereins katholischer Collegen Deutschlands in Münster ist vom Kaiser Wilhelm aus Amerongen folgendes Antwortschreiben eingegangen: Es Majestät haben mit höchster Freude von dem erneuten Treuebekenntnis Kenntnis zu nehmen gehabt. Es Majestät werden alles tun, um im Sinne des Programms auszuwirken, es ist nicht in dieser, denn in einer anderen Welt. Es Majestät können, es habe den Kaiser nicht gewollt, sondern die anderen seien es gewesen. Diese eine Bemerkung durch seinen König. Im Auftrage Kaiser Wilhelm a. D. (Name unleserlich).

#### Polnische Propaganda.

In der Welt wurde und einigt nachgelagt, daß wir ein Volk seien, das ganz besonders mit der Waise der Organisationskunst ausgestattet ist. Trifft das heute noch zu? Wenn nur an manche Ereignisse während des Krieges denken, wird man Bedenken tragen, diese Frage so ohne weiteres zu bejahen. Unser Propagandawesen ist funktionierte eine ordentlich und zwar kaum als ungenügend, als ihn Erzieher mit vielen Millionen Mann in die Hand nahm. Wir konnten die schönsten Siege erlangen, der feindliche Propagandawesen verminderte sie zu einem guten Teile wieder. Und als wir im Herbst vorigen Jahres zusammengebrochen waren, da war es ungeheuer nicht anders. Wir konnten noch so großes Unrecht erliden, der feindliche Propagandawesen sorgte dafür, daß die gesamte zivilisierte und ungenüßerte Welt der Meinung war, daß uns nichts weiter als reinste Recht geschah. Selbst die kleinsten Völker sind uns auf diesem Gebiete über.

Die Organisationskunst der anderen und unter eigenen Unvermögen sehen wir gerade jetzt wieder bei der Behandlung der obereschlesischen Frage. Die Väter des deutschen Reiches freuen sich, wenn sie morgens oder abends ihren Lesern aus dem obereschlesischen Rohren eine recht gute Sensationsnachricht vorlegen können, doch an eine systematische Verwertung der dortigen Geschäfte denkt offenbar Niemand. Wer die Verhältnisse kennt und wer die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien verfolgt hat, müßte sich sagen: Hier ist Gelegenheit der gesamten Welt zu zeigen, wie ein kleines Volk, das polnische, mit dem deutschen Reich umzuspringen magt. Hier konnten wir erneut zeigen, welches Unrecht die deutsche Grenzbewehrung über sich ergehen lassen muß. Was aber erleben wir? Ein Verjagen aus der ganzen Welt!

Sehen wir uns nur einmal den polnischen Aufstand an. Erhaben wird über Genuß die folgende Meinung verbreitet: Die Polen betreiben eine systematische Propaganda, um die Entschädigung des Versailler Vertrages hinsichtlich Oberschlesiens umzusetzen. Sie überschütten die französische Presse mit Nachrichten von riesigen Volkskundgebungen in allen Teilen Polens, deren Ziel die Wiederherstellung Schlesiens an Polen ist. Die letzte der gelungensten Redungen aus Paris vom 28. August schließt mit den folgenden halb drohenden halb betörenden Sätzen: Die öffentliche Meinung unterstützt ganz allgemein die Ansicht, daß die polnische Armee die rechtmäßige Besetzung der Minderheiten ist und daß die Regierung dementsprechend handeln muß. Polen verdient infolge seiner Loyalität und der Dienste, die es den Verbündeten an der Front und an der Westgrenze geleistet hat, volles Vertrauen und unbefristete Volksmacht. So arbeitet die Gegenwelt!

Noch wirkungsvoller tritt die polnische Minderheit in Erscheinung in Oberschlesien selbst. Bekanntlich ist eine Untersuchungskommission der Entente nach der Grenze abgereist, die zunächst in einem der Schächter der Kohlenminen residieren. Da sie sich dort zu abgefahren fühlte, siedelte sie nach Katowice über, wo sie im „Prinz Joachimshotel“ wohnt, in dem während eines großen Teiles des Krieges hervorragende Führer des deutschen Großen Hauptquartiers abzusitzen pflegten. Tausende von Deutschen haben schwere Leiden und Wunden durchgemacht während der Zeit des jetzt neben geschlagenen polnischen Aufstandes. Man sollte annehmen, daß von allen Städten und Dörfern des ganzen Kohlenreviers Deputationen abzuhängen würden, um der Entente-Kommission ein Bild von den eigenen Erlebnissen zu geben. Auf Grund solcher Berichte müßte die Kommission doch schließlich ihr eigenes Bild, das dann die Grundlage für das weitere Verhalten der Führer der Entente bildet. Aber leider vollziehen sich dort die Dinge umgekehrt. Der Deutsche bleibt ruhig zu Hause. Er ist froh, daß deutsche Reichswehrtruppen die Ordnung wieder hergestellt haben und daß er ungeschädigt sein Heim zurückkehren wieder über die Alpen ziehen kann. Ist's selbster Stolz, der es verbietet, vor einer Entente-Kommission, wenn nicht als Durchfall, so doch als Klageführender zu erscheinen? Durchaus nicht! Es ist wirklich nichts weiter als die gute alte deutsche Gleichgültigkeit, deren Überwindung zu ungenügend schwer ist. Die ganz anders haben es auch in diesem Falle die Polen gemacht! In großen Scharen haben sie der Entente-Kommission ihre Wünsche vorgebracht, immer wieder dieselben, Reichsersatz das Frank-

habe verlogene Streben, aus weiß Schwarz zu machen, die Polen als die armen Unterdrückten hinzustellen, die an dem ganzen Zustand unschuldig sind. Die oberflächlichsten Tageszeitungen geben über diese Wallfahrten der Polen zum Quartier der Entente-Untersuchungskommission im Katowitz, "Prinz Joachimshofel" ein anerkennendes Bild. Der Inkarnat ist so gewaltig geworden, daß die fremde Kommission durch große Plakate in Katowitz die Beschränkung der Redezeit der Deputationen auf zehn Minuten bekannt gab! Aus jeder Stadt, aus jedem Dorf finden sich einige Polen zusammen, die eines ihrer Unterdrückungen zu berichten wissen. Polnische Schwerverbrecher, die deutsche Einwohner quälten, mißhandelten oder gar ermordeten und die insolge ihrer Untaten über die Grenze verschwand, werden von ihren Frauen tatkräftig vertreten, die mit polnischer Verehrtheit und Schlagfertigkeit den Vertretern der Entente nachzuweisen versuchen, welche Unschuldslämlein ihre Männer doch waren. Die "Breitener Zeitung" läßt sich über das Schreiben der Polen aus Katowitz berichten: "Die Verehrtheit der Polen, ihre vermeintlichen Beschwerden bei der Entente-Untersuchungskommission an den Mann zu bringen, nimmt immer größere Formen an. Das Leben und Schreiben vor dem Prinz Joachimshofel in Katowitz, dem Sitz der Entente-Kommission, gleicht einem kleinen Jahrmarkt. Wäre die Sache nicht so furchtbar ernst und namentlich nicht als brutaler Gewaltakt der Entente gegenüber dem wehrlosen Deutschland so beschämend für uns, so könnte man verlacht werden, die ausgeliebteste Satire über dieses Treiben der "unschuldigen" Polen zu schreiben." So also die Polen! Auf der deutschen Seite dagegen überläßt man alles sorgsam dem Verdriss. Der Deutsche ist es nun einmal gewohnt, sich nur am Gängelbände einer bürokratischen Behörde leiten und führen zu lassen. Er leidet heute noch unter dem Fluch der Vergangenheit, von der er sich so unendlich schwer trennen kann. Er hat leider immer noch nicht begriffen, daß nationale Ziele nur erreicht werden können, wenn ihre Vertretung durch das ganze Volk erfolgt. Wird es jemand den Entente-Kommissionen verargen dürfen, daß sie den Angaben der deutschen Behörden keinen Glauben oder doch nur weniger Glauben schenken, als den ungegünstigsten polnischen Deputationen? Was nutzt dem gegenüber eine einzelne noch so große Kundgebung, die die amtliche Regie unthunbar erkennen läßt? In einem demokratischen Zeitalter muß das ganze Volk Anteil nehmen an seinen eigenen Geschicken, es muß mehr sein als eine gut oder schlecht geleitete Herde!

Unser Regierung aber wollen wir wünschen, daß sie sich jetzt nicht aus neue in Verdrissensseligkeit verliert. In Oberösterreich herrscht nur schon ein großer Hunger. Die Polen haben es durchaus nicht aufgegeben, noch vor der allgemeinen Volksabstimmung "vollendete Tatsachen" zu schaffen. Wenn es den Polen zweckmäßig erscheint, werden sie einen neuen Versuch machen. Inzwischen aber vermögen sie sich der Entente die Notwendigkeit einer vorzeitigen Beilegung durch Truppen der Entente zu beweißen, wobei sie natürlich der Meinung sind, daß es durchaus genügt, wenn polnische Truppen die Beilegung des Landes vornehmen. Hier kann die deutsche Regierung nicht nachdrücklich genug auf reifliche Erfüllung des Friedensvertrages dringen. Die Aufgabe aller führenden Deutschen ist es, keine einzige Stunde ungenutzt verstreuen zu lassen. Aufführung und nichts als Aufführung! Ein Jahrhundert gefügiger Bewormung muß ausgeglichen werden! Das deutsche Volk zwischen Mythen und Doppel muß in wenigen Wochen begreifen lernen, daß es auch ohne amtlichen bürokratischen Apparat, für sein Geschick und für die Erhaltung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes eintritten muß. Denn es hat keinen anderen bürokratischen Stütze nicht, dann wird das Spiel bei der kommenden Volksabstimmung zweifellos für uns verloren sein!

C. H.

### Zwangswirtschaft und Landwirtschaftsminister.

Der preussische Landwirtschaftsminister Drank hat am 22. August bei dem Empfang einer Abordnung des Ausschusses der Gesamtwirtschaft der Reichslandwirte in der Frage "Aufhebung der Zwangswirtschaft" nach der "Deutschen Tageszeitung" Meinungen geäußert, die, wenn der Bericht des agrarischen Ausschusses zutreffend ist, besonders im Reichsernährungsministerium fast verschluckt werden. Minister Drank sprach sich gegen die Beibehaltung der Zwangswirtschaft aus und führte als Grund der Unmöglichkeit an, die Zwangswirtschaft von Seiten des Reichsernährungsministeriums verschiedene Gründe an. Erstens sträbe man sich, die Beendigung zu übernehmen und zweiten Teile die Möglichkeit der Reichsernährungsministerium veranlassen höheren Beamten nicht dem gesamten Angeleitensverband, die in dem Aufheben der Zwangswirtschaft den Bericht ihrer Stellung erklären, eine große Rolle. Der Landwirtschaftsminister meinte, man hätte den Eindruck, als wenn die Beamten glaubten, daß nur von ihnen und von ihrer Tätigkeit das Wohl und Wehe des Volkes abhänge. — Der Reichsernährungsminister wird sich wohl zu diesen Bemerkungen noch äußern.

### Alideutsche Rechte.

Get lebet noch! — nämlich der "Alideutsche Verband". Umstritten nach der Revolution und nach dem Waffenstillstandsvertrag waren die Herren Alideutschen sehr "Hahn und Hühler" geworden; nachdem der Krieg, an dem die Alideutschen größte Verantwortung tragen als irgend jemand, sich ihnen feindlich gegenüber gezeigt hatte, schlug eine Felleisung aus dem Kampfschlachtfeld das Schwert und sie zitterten es für angebracht, sich in die Verborgenheit zurückzuziehen, zumal da die Revolution auch die Rolle ihrer Helfer zu beenden sah. Als es sich aber herausstellte,

daß die deutsche Republik keineswegs blutdürstig ist und da man für die Freiheit der Weltbevölkerung weit gerühmter respektiert wird, als unter dem alten Regiment, so belamen die Herren wieder um und jetzt ist es schon so weit, daß sie mit größerer Genügsamkeit als jemals vor der Revolution alle Parteien, die nicht mit in ihr Horn bliesen, als antinational, als unheimlich hinstellen. Wühlig verzeihen sie auch von den Alideutschen, daß sie es gemein sind, die Deutschland in den verhängnisvollen Krieg geführt und die solange gehetzt haben, bis der Zusammenbruch eintreten mußte. Ja, die Herrschaften gehen in ihrer Unbesonnenheit jetzt schon so weit, daß sie noch die alte Krieges sein schändliches Ende gefunden hat, bereits für neue Kriege Stimmung zu machen suchen.

Das geschah besonders eindringlich auf der Tagung des "Alideutschen Verbandes", die dieser Tage in Berlin stattgefunden hat. In der Sitzung des Gesamtverbandes am Sonntag bekam es der Geschäftsleiter der Alideutschen, Freiherr v. Bittlinghoff-Scheel, fertig, zu erklären: "Es heißt jetzt: unferen Befreiungskampf vorberereiten! Keine Rede darf es geben, kein Kaffen, bis unsere Ketten gesprengt sind." Alideutschen begnügen sich sogar nicht damit, mit einer Wühligstellung der alten Herren Deutschlands, sie fordern darüber hinaus nicht nur die Eingliederung Deutsch-Oesterreichs ins Reich, sondern auch für die Flamen und Walen, "hält der Alideutsche Verband am Erlösungsgebeten fest". Daß die Alideutschen außerdem die Wühligkeit des Kaiseriums mit allen Kräften fördern wollen, braucht nicht weiter Wunder zu nehmen. Obgleich wenig wird es bei dem, der die alideutsche Agitation von jeder unheimlich verfolgt hat, Gefallen erregen, daß Herr v. Bittlinghoff unter stühmlichem Beifall auch "die Beteiligung der unheimlichen Wühligkeit des Bundesrats verlangte und schone Klänge wieder in Wühligkeit heilte. Kurz und gut: die Alideutschen sind in jeder, aber auch in jeder Beziehung durchaus die alten geblieben, der Krieg mit seinen Schwereisen und seinem niederdrückenden Ergebnis hat für diese Leute gar keine Folge und gar keine Einkehr gebracht. Schamlos ist es ergehen sie gegenüber nur eine Parodie geben: Wühligstlossten Kampf gegen die Alideutschen, die schümplsten Feinde Deutschlands!

### Aus dem deutschösterreichischen Friedensvertrage.

Saint Germain, 2. Sept. Aus dem Inhalt des Friedensvertrages ist im wesentlichen gegenüber der Fassung vom 20. Juli aus den politischen und militärischen Bestimmungen hervorzuholen: Deutschösterreich wird nur unter dem Namen "Republik Oesterreich" anerkannt und wird im Falle der Ratifizierung des Friedensvertrages "Oesterreich" heißen. — Der Teil, der den Völkern betrifft, ist unverändert. Bezüglich der Grenzbestimmungen wurde eine Änderung nur insofern vorgenommen, als die Stadt Radkersburg und die am linken Ufer gelegenen Gemeinden Steiermarks bei Deutschösterreich bleiben. Die Abgrenzung des Reichsgebietes wird in der schon bekannten Weise durch den Staatsvertrag festgelegt. — Das Kapitel über den Staatsbürgerschaft enthält ebenfalls keine wesentlichen Änderungen. Bezüglich der in einer deutschösterreichischen Gemeinde heimatisierte Person als deutschösterreichischer Staatsbürger anerkannt, andererseits die ganz unheimliche Bestimmung, daß jede deutschösterreichische Gebiete geborene Person Oesterreich sein soll, sofern sie nicht vermöge ihrer Geburt eine andere Staatsbürgerschaft zumutet. — Jungmilitärs, Infanteristen und Jagdflieger werden verbleibende Maßnahmen zugestanden. — Nach den militärischen Bestimmungen wird an der Verpflichtung zur Haltung eines Schwereisen aufgehoben. Bezüglich der Waffenherstellung wird die Herstellung von Jagd- und Sportwaffen gestattet. Die Verpflichtung zur Ablieferung von Geschützartikeln wird auf jene Weisheit beschränkt, die sich auf deutschösterreichische Gebiete beziehen. Eine allgemeine, neue unheimliche Bestimmung (Artikel 188) erklärt die Unheimlichkeit Oesterreichs für unheimlich. In den Angelegenheiten einer anderen Macht darf Oesterreich bis zu seiner Zustimmung als Mitglied des Völkerbundes nicht teilnehmen.

Ueber die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen enthält das Gesetzgebende die Erklärung, daß die Reparationskommission ermächtigt wird, der Seiten, die sie die aus der Anwendung des Vertrages unheimlichen Spezialfragen eingehend mit Vorschlägen zu erstellen, die sie sie angemessen findet. Der Sitz der Kommission wird Wien sein. Die Bestimmungen, daß Wien die abzuliefern habe, wird mit der Begründung aufrechterhalten, daß aus entfernteren Gebieten Deutschösterreichs die ohne Karte Wirkungen auf die unheimliche Wiener Bevölkerung abgeleitet werden könne. Die italienische Regierung erklärt sich bereit, die von der italienischen Militärmacht nach dem Waffenstillstand beschlagnahmten Sammlungsgegenstände zurückzugeben, insofern sie nicht nach den Bestimmungen des Friedensvertrages an Italien fallen würden.

### Die finanziellen Bedingungen

des Oesterreichischen Friedensvertrages betrifft, wird in der Antwort des Entente der Wühlig nach Herstellung der finanziellen Ordnung in Deutschösterreich ausgesprochen, damit der neue Staat seine, wie gern anerkannt werde, vernünftige Politik verfolgen könne. In der Note wird vermerkt, daß die Reparationskommission über die Bestimmungen zu handeln, daß der Zusammenbruch des Kreditplans vermieden werden kann. Die Note wird erklärt auch die Unterstützung, anstelle der Oesterreichs-ungarischen Bank eine neue Institution ins Leben zu rufen. In den finanziellen Bedingungen wird vorgesehen, daß besondere Vereinbarungen über die Lieferung von Rohstoffen und die Lieferung von Rohmaterialien von uns an den Oesterreichs-ungarischen und den polnischen Staat getroffen werden. Diese Staaten werden drei Jahre lang überhaupt keine Gebühren auf die Ausfuhr von Rohstoffen nach Deutschösterreich legen und die Ausfuhr einer bestimmten Menge von Rohstoffen gestatten.

### In Wühligkeit

Wühligkeit

Wühligkeit

Wühligkeit

### Wühligkeit

Wühligkeit

Wühligkeit

### Wühligkeit

Wühligkeit

### Wühligkeit

Wühligkeit

### Wühligkeit

Wühligkeit

### Wühligkeit

Wühligkeit

### Wühligkeit

Wühligkeit

### Wühligkeit

Wühligkeit